

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Katrin Steinhülb-Joos SPD

Auswirkungen der verbindlicheren Grundschulempfehlung auf die weiterführenden allgemeinbildenden Schularten

Wir fragen die Landesregierung:

1. An wie vielen weiterführenden Schulen werden im kommenden Schuljahr weniger Klassen gebildet als im aktuellen Schuljahr 2024/2025 (bitte aufgeschlüsselt nach Schulart und Schulort)?
2. An wie vielen der betroffenen Schulen kommt es im Vergleich zu den vergangenen fünf Schuljahren zum ersten Mal vor, dass sie weniger Klassen als im vorherigen Schuljahr bilden können?
3. Wie viele weiterführende Schulen werden im kommenden Schuljahr 2025/2026 keine 5. Klasse bilden können (bitte aufgeschlüsselt nach Schulart)?
4. Wie viele Schülerinnen und Schüler müssen aufgrund der fehlenden Bildung einer 5. Klasse in der in Frage 3 genannten Schulen an Schulen in anderen Stadtteilen gehen?
5. Inwiefern sieht sie einen Zusammenhang zwischen der in den Fragen 1 und 2 beschriebenen Entwicklung und den neuen Regelungen der verbindlicheren Grundschulempfehlung?
6. Wie hat sich die Klassengröße der im Schuljahr 2025/2026 voraussichtlich zu bildenden Klassen unter Angabe der Gesamtzahl an Schülerinnen und Schülern in den verschiedenen Schularten entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten und auch unter konkreter Angabe der Zahlen für die integrierten Gesamtschulen)?
7. Wie haben sich die Anmeldezahlen an weiterführenden Schulen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sowie mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft an den verschiedenen Schularten im kommenden Schuljahr 2025/2026 im Vergleich zu den Schuljahren 2024/2025, 2023/2024 sowie 2022/2023 entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten und Schuljahr)?
8. Wie haben sich die Übergangsquoten von Schülerinnen und Schülern, deren Grundschulen nach dem aktuellen Sozialindex in herausfordernden Lagen liegen, für das kommende Schuljahr 2025/2026 im Vergleich zum vorherigen Schuljahr 2024/2025 entwickelt?
9. Wie steht sie dazu, dass laut Zahlen der „Familienforschung“ des Statistischen Landesamts aus dem Jahr 2023 etwa 18 Prozent der Kinder aus armutsgefährdeten Familien von der Grundschule auf das Gymnasium wechseln, während es bei finanziell besser gestellten Familien über 40 Prozent der Kinder sind, insbesondere unter Darstellung, warum sich daran in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg nichts verändert hat?

10. Inwiefern ist der Meinung, dass, mit Blick auf die Zahl aus Frage 8, eine verbindlichere Grundschulempfehlung den Kindern aus armutsgefährdenden Familien zu besseren Chancen in der Bildung dient?

24.7.2025

Dr. Fulst-Blei, Steinhilb-Joos SPD

Begründung

Meldungen von verschiedenen Schulen legen nahe, dass sich aufgrund geringer Anmeldezahlen die Bildung neuer Klassen im Umfang der vergangenen Jahre für einzelne Schulen herausfordernd gestaltet. Zudem legen aktuelle Zahlen des Statistischen Landesamts nahe, dass Kinder in herausfordernden Lebenslagen hinsichtlich der Chancengleichheit im Bildungsbereich benachteiligt werden. Diese kleine Anfrage soll daher erfragen, wie viele Schulen und Kinder von dieser Entwicklung betroffen sind und welche Gründe es hierfür gibt.